

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 15

Köln, den 10. April 1931

32. Jahrg.

## Wirtschaftsbelebung und Ausfuhr durch Stärkung des Binnenmarktes

Deutschland muß in den nächsten Jahren und Jahrzehnten reine Ausfuhrpolitik treiben. Nicht nur aus reparationspolitischen Gründen, sondern mehr noch, um seine finanzielle Selbständigkeit zu erhalten. Wenn die deutsche Wirtschaft in Zukunft nicht jährlich eine steigende „aktive“ Handels- und Zahlungsbilanz aufweisen kann, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo ihr Produktions- und Bodenkapital an ausländische Anleihe- oder Kreditgeber verpfändet oder veräußert worden ist. Mit einer finanziell auch noch so ertragreichen Revision der Reparationen würde an dem Zwange Deutschlands zur unbedingten Ausfuhrpolitik nur wenig geändert. Einmal weil auch die größten Optimisten — wenn sie das Problem nicht nach den Maßstäben der deutschen Innenpolitik, sondern nach den allein ausschlaggebenden Interessen der Gläubiger werten — nicht einen völligen Erlaß der Reparationszahlungen erwarten können. Andererseits weil die deutsche Wirtschaft neben den Reparationen für öffentliche und private Anleihen und Kredite Zinsen und Amortisationen aufzubringen hat, deren Höhe die „finanzielle Kriegsrente“ erheblich übersteigt. Das Reparationsproblem kann die deutsche Wirtschaftspolitik höchstens quantitativ, nicht aber qualitativ beeinflussen.

Nur bei steigendem Wareneport wird Deutschland seine vielseitigen finanziellen Verpflichtungen erfüllen und damit seine internationale Kreditfähigkeit erhalten können. Aber diese wenn auch unerfreuliche Tatsache ist man sich in allen Kreisen Deutschlands einig. In den Folgerungen aber, die daraus wirtschaftspolitisch zu ziehen sind, liegt das strittigste Wirtschaftsproblem der Gegenwart. So fordern die Arbeitgeber unter der Parole: „Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten“ Lohnsenkungen, deren gesamtwirtschaftliche Wirkungen dabei in engstirnigem Eigennutz vollständig übersehen werden. Zur „Angleichung des deutschen Preisniveaus an den Weltmarkt“ verlangt „die Wirtschaft“ den Abbau der „überhöhten Selbstkosten“, wobei als selbstverständlich gilt, daß als Selbstkosten nur die Löhne, Steuern und sozialen Lasten, nicht aber die durch Kartellbindungen oder andere Dummheiten entstandenen Unwirtschaftlichkeiten verstanden werden. Bei allen „Auswegen aus der Wirtschaftsnot“ kehrt in unzähligen Variationen das gleiche Ziel: die Hebung des deutschen Exports wieder. Auch das Mittel zur Erhöhung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist bei den meisten das gleiche. Durch Lohndruck sollen die Unkosten und Preise gesenkt und damit das Ausland erobert werden. Das klingt für manchen schön und einleuchtend, mag vielen wünschenswert scheinen, aber in Wirklichkeit ist es doch nicht eine so einfache, harmlose, so eindeutig nützliche Sache, wie man gewöhnlich annimmt. Die Zeiten sind längst vorüber, wo wirtschaftliche Kampfmittel auf den Weltmärkten herrschten. Heute bestimmen politische Faktoren — am wichtigsten sind die Zölle und Handelsverträge — den Grad der Exportmöglichkeit in allen Ländern, und durch das Überwiegen der politischen Abwehrmittel hat der Außenhandel wohl überall ein eigenartiges Gepräge erhalten.

So erfreulich auch gesamtwirtschaftlich ein Ausfuhrüberschuß ist, privatwirtschaftlich war er bisher zum größten Teil ein reines Verlustgeschäft. In der Industrie ist es fast zur Regel geworden, auf

dem Weltmarkte weit unter den Inlandpreisen, ja sogar zu Verlustpreisen zu verkaufen. Ein Blick in das Jahrbuch der Handelskammer-Zweckverbände des Ruhrgebietes zeigt, wie sehr fast alle Zweige der Exportindustrie unter dieser Verkaufspolitik gerade im letzten Jahre zu leiden hatten, weil der abgedrosselte Inlandsmarkt die Verluste des Auslandsgeschäftes nicht gutgemacht hat. Als Charakteristikum für die ungünstige Entwicklung der eisenverarbeitenden Industrie bezeichne Moritz Klönne den wachsenden Anteil des Auslandsabsatzes an der Gesamtproduktion, der von 28% im Jahre 1927 auf 53% im September 1930 gestiegen sei. Gleichartig Klagen liest man zwischen den Zeilen in fast sämtlichen Spezialberichten des genannten Jahrbuches. Als Folgen der sprunghaft gestiegenen Anlagekosten halten viele Unternehmer das Auslandsgeschäft schon dann für rentabel, wenn es neben den Lohn- und Materialkosten nur eine bescheidene Quote für die Abnutzung der Anlagen einbringt. Eine solche Verkaufspolitik ist nicht, wie man annehmen sollte, eine Ausnahme, sondern in den wichtigsten Exportzweigen die Regel.

Das ist der wirtschaftliche Hintergrund des Außenhandels. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen am Welthandel beteiligten Ländern finden wir ein durch Zölle und Kartellbindungen überhöhtes Preisniveau des Inlandes auf der einen Seite, Preisschleuderei auf den Weltmärkten andererseits. Jedes Land will mit wirtschaftlichen Mitteln, d. h. durch Preisherabsetzungen neue Absatzmärkte erobern, sich aber gleichzeitig mit politischen Mitteln, durch die Zölle, vor der Preisschleuderei des Auslandes schützen. Je größer der Drang eines Landes zum Export d. h. je größer die Preisunterbietungen auf den Weltmärkten, um so höher steigt auch die Zollmauer in den anderen betroffenen Ländern. Au den Zusammenbruch der Getreidepreise an den Weltmärkten antwortete die deutsche Agrarpolitik mit sprunghaft gestiegenen Getreidezöllen, die heute ein Mehrfaches der Getreidepreise ausmachen. Der deutschen Lohnsenkungspropaganda folgte Ende vorigen Jahres sofort die Reaktion in England, den Vereinigten Staaten und südamerikanischen Ländern, in denen als Gegenmaßnahme eine Erhöhung des Zollschutzes der heimischen Wirtschaft gefordert wurde.

Nur wenn man diese politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge beachtet, findet man die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Exportpolitik, die für Deutschland aus genannten Gründen eine finanzielle Lebensfrage ist. Bisher war das deutsche Ausfuhrgeschäft zum großen Teil ein Verlustgeschäft, das privatwirtschaftlich nur dadurch möglich gemacht wurde, daß die inländischen Konsumenten mit der Preiseinbuße zusätzlich im „gebundenen“ Inlandpreise belastet wurden. Was die deutschen Konsumenten über den natürlichen Preis bezahlen, das fließt über die Zölle in die Staatskassen des Auslandes. Auf die Zollpolitik des Auslandes hat Deutschland bekanntlich gar keinen Einfluß. Im Gegenteil werden sich die bedrängten Länder gegen eine künstliche Verschärfung der deutschen Konkurrenz — wie sie jetzt durch die Lohnsenkungen versucht wird — mit erhöhten Zöllen erfolgreich wehren. Deshalb müssen wir die Grundlagen für einen „wirtschaftlichen“ Außenhandel im Inlande selbst schaffen. Eine der wichtigsten

### Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit

des deutschen Ausfuhrgeschäftes ist die Kräftigung des Inlandsmarktes. Das hat nicht nur in den Eigenarten der Weltmärkte, sondern überwiegend in der Änderung der Produktionsweise seinen Grund. Die Rationalisierung und Technisierung hat nicht nur eine größere Produktionsmöglichkeit, sondern auch eine unbedingte Produktionsnotwendigkeit gebracht. Die „fixen“ Kosten nehmen im Produktionsprozeß eine derartig entscheidende Stellung ein, daß Prof. Schmalenbach nach ihnen die Gegenwartswirtschaft mit Recht als „gebunden“ bezeichnet. Die meisten Industriezweige sind heute an eine Mindestproduktion gebunden, wenn sie überhaupt noch rentabel arbeiten wollen. Je geringer die Produktion, um so größer ist der Anteil der „fixen“ Kosten am Einzelprodukt. Umgekehrt sinkt dieser Anteil mit der Steigerung der Produktion. Nur dann bedeutet die technische Rationalisierung auch wirtschaftlich einen Erfolg, wenn sie verbunden ist mit einer Produktionssteigerung. Diese ist wieder abhängig von der Absatzvergrößerung, die, von der Schaffung neuer Absatzgebiete abgesehen, nur durch Stärkung der Kaufkraft, durch Lohnerhöhung oder Preiserhäßung möglich ist. Diese Folgerungen bilden in ihrer Gesamtheit die wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit der Rationalisierung. Amerika hat diese Notwendigkeiten verstanden und mit den Fortschritten der Maschinisierung zugleich die Löhne erhöht und die Preise gesenkt. Das Gegenteil beabsichtigen jetzt die deutschen Unternehmer in kurzfristigem Eigeninteresse.

Daß die Rationalisierung des Produktionsprozesses in Deutschland zum großen Teil nur hinter einem kräftigen Zoll- und Kartellschutz künstlich geschaffen und ein Fehlschlag war, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Unwirtschaftlich ist sie aber nur dadurch geworden, daß die deutschen Unternehmer die notwendige Folgerung bezüglich der Absatz-, Lohn- und Preispolitik völlig verkannt haben. Mehr als 80% der deutschen Gesamtproduktion werden im Inlande verbraucht. Eine Ausdehnung des Auslandsabzuges ist nur ganz allmählich möglich. Das war voraussehen, da alle maßgebenden Industrieländer im letzten Jahrzehnt an dem Ausbau ihrer Produktionsanlagen gearbeitet haben und ihre mehr oder minder leistungsfähige Industrie hinter stetig steigenden Zollmauern vor dem „frischen Wind der freien Konkurrenz“ zu schützen suchten. Deshalb hätte an dem Anfange der deutschen Rationalisierung die Sicherung und pflegliche Behandlung des natürlichen Absatzgebietes stehen müssen. Nur der Binnenmarkt ist das Fundament, auf dem sich eine durch Rationalisierung geschaffene Mehrproduktion und die Wirtschaftlichkeit des Außenhandels aufbauen kann.

Deutschland muß ein Land mit niedrigsten Lebenshaltungskosten und hohen Reallöhnen werden. Über die Löhne und Gehälter wirken sich die Lebenshaltungskosten in allen Preisen aus, weshalb an ihrer Senkung nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern in gleichem Maße auch Industrie und Handel interessiert sein sollten. Niemals wird Deutschland zu einer Wirtschaftlichkeit seiner rationalisierten Produktionsanlagen und seines Außenhandels kommen, wenn und solange die deutschen Verbraucher für fast sämtliche Agrarprodukte ein Vielfaches der Weltmarktpreise bezahlen müssen. Ein Bild von den Preisunterschieden geben folgende Zahlen. Es kostete in Reichsmark:

in	100 kg Roggen		100 kg Weizen	
	Dez. 1930	Jan. 1931	Dez. 1930	Jan. 1931
Berlin .....	—	15,63	—	25,92
Posen .....	8,66	8,39	—	—
Rotterdam .....	7,26	6,74	11,94	11,02
New York .....	7,24	6,38	11,71	11,34
Winnipeg .....	—	—	8,13	7,90
Buenos Aires .....	—	—	8,52	7,42
London .....	—	—	12,57	11,56

Ein Grundfehler der deutschen Landwirtschaft ist es, daß sie ihre Preisvergleiche immer auf den deutschen Vorkriegsstand bezieht und daraus ihre „berechtigten“ Zollforderungen glaubhaft zu machen sucht. Allein der gegenwärtige Weltmarktpreis ist maßgebend. Wenn

nach den Untersuchungen von Prof. Brandt der amerikanische Pflanzler den Zentner Weizen für 3,50—3,80 RM erzeugen kann, Reichsernährungsminister Schiele aber 13,— RM als Mindestrichtpreis für den deutschen Landwirt gefordert und durchgesetzt hat, dann bedarf es keines weiteren Beweises für die Untragbarkeit dieses Mißverhältnisses, zumal Ähnliches bei den meisten Agrarprodukten festzustellen ist. In einer solchen Agrarpolitik liegt die schwerste Belastung des Binnenmarktes, auf die die größten Schwierigkeiten der Gesamtwirtschaft zurückzuführen sind.

Unmittelbar werden von ihr die Arbeiter getroffen, die annähernd die Hälfte ihres Arbeitslohnes für Lebensmittel verausgaben müssen. Während sie für die einzelnen, lebenswichtigen Agrarprodukte ein Vielfaches von dem ausgeben müssen, was ihre ausländischen Kollegen z. B. in Holland, Belgien, Polen, England bezahlen, ist die Lohnhöhe international bedingt. Dadurch wird den deutschen Arbeitern und Gehaltsempfängern ein unverhältnismäßig großer Teil ihres Einkommens für die Unterstützung der Landwirtschaft fortgenommen, so daß im Vergleich zu den meisten ausländischen Staaten nur ein kleiner Teil zu anderweitiger Verwendung übrigbleibt. Der Teil des Einkommens, der durch die Agrarpolitik der Landwirtschaft zugeschoben wird, geht der Industrie verloren. Je höher der Agrarzollschutz steigt, um so mehr verengt und verschiebt sich die inländische Absatzbasis zuungunsten der deutschen Industrie. Dieses ist aber nur die eine Seite der Wirkungen der Agrarpolitik. Wichtiger ist der Einfluß der durch Zölle künstlich überhöhten Agrarpreise auf die Preise aller deutschen Industrieerzeugnisse. Niemals wird die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, wenn und solange sie in den Löhnen für die Lebenshaltung ihrer Arbeiter ein Mehrfaches von dem aufbringen muß, was sämtliche ausländischen Konkurrenten für den gleichen Zweck als Unkosten zu zahlen haben. Will sie sich im Auslande Absatzgebiete schaffen — und dazu ist sie aus oben genannten Gründen gezwungen — dann muß sie unter den Gestehungskosten exportieren und diesen Verlust durch höhere Inlandpreise wieder hereinholen. Das ist eine weitere, ganz natürliche Folge der übersteigerten Agrarpolitik. Hier liegt

### Das wirkliche Selbstkostenproblem

der deutschen Wirtschaft und des Außenhandels. Die rationalisierte Industrie steht unter dem gesetzmäßigen Zwange, immer mehr zu produzieren, da sich nur bei dieser Entwicklung eine Verzinsung und Wirtschaftlichkeit der Anlagekapitalien schaffen läßt. Zu spät hat die deutsche Industrie erkannt, daß die technische Rationalisierung wirtschaftlich ein reines Absatzproblem ist. Wo kann das Mehrprodukt untergebracht werden? Es gibt da zwei Möglichkeiten.

Industrie und Handel haben unter dem Druck der Wirtschaftskrise ihr ganzes Interesse auf den Außenhandel konzentriert. Sie wollen durch Senkung der Löhne und Selbstkosten die deutsche Konkurrenzlage auf den Weltmärkten verbessern und dadurch einen größeren Teil der Produktion im Auslande verkaufen. Diese an sich gute Absicht stößt aber auf die größten Schwierigkeiten. Denn die Wirtschaftskrise ist eine allgemeine Welterscheinung; alle Industrie- und auch Agrarländer befinden sich in ähnlicher Wirtschaftsnot wie Deutschland. Deshalb muß die deutsche Industrie damit rechnen, daß Preisenkungen auf dem Weltmarkt von den leistungsfähigen Industrieländern mit derselben Waffe beantwortet, daß andererseits die leistungsschwachen Länder ihre Industrien vor der größeren Konkurrenz durch erhöhten Zollschutz schützen werden. Bei einem solchen internationalen Preiskampf wird die deutsche Industrie unter allen Umständen den kürzeren ziehen. Wenn es hart auf hart geht, dann können die großen Industriezentren des Auslandes, ihre Selbstkosten in ganz anderem Ausmaße herabsetzen als Deutschland. Die deutsche Industrie muß international immer berücksichtigen, daß sie durch ihre Lage dreifach mehr belastet ist. Sie muß ihren Teil an den Reparationszahlungen aufbringen, hat unverhältnismäßig hohe Zinsen für die Rationalisierungskapitalien meist aus Ausland zu zahlen und will zugleich einer unrentablen Landwirtschaft ausreichende Erträge zuschieben. Wenn man in Betracht zieht, daß bei einer internationalen Preisenkung die festliegenden Reparationen und Zinsen als Produktionskosten und Gesamtlast relativ und



absolut steigen, — denn Preisenkung ist auf der anderen Seite eine Erhöhung des Geldwertes —, dann ist ersichtlich, daß die deutsche Industrie bei derartigen Sonderlasten die Selbstkosten gar nicht so weit senken kann, um gegen die Auslandskonkurrenz zu bestehen. Die Wirkungen dieser wirtschaftlichen Hemmungen bei der Exportsteigerung werden aber noch vervielfacht durch politische Mittel. Nicht nur die Staaten, welche eine junge Industrie künstlich emporzüchten wollen, sondern auch die alten und führenden Industrieländer würden einen gewaltsamen Vormarsch der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten mit den einfachen, aber wirksamen politischen Mitteln der Zölle zum Stillstand bringen. Gegen die Zollabsperzung gibt es aber kein wirtschaftliches Kampfmittel. Das zeigt am besten der deutsche Getreidezoll, der z. B. für Weizen bei Weltmarktpreisen von 75—100 RM gegenwärtig 250 RM je Tonne beträgt. Ebenso wie die deutsche Landwirtschaft jetzt schon bei derartigen Zollschlägen die Auslandskonkurrenz vollständig ausschaltet, wird sich das Ausland gegen eine deutsche Schleuberkonkurrenz erfolgreich wehren. Das zeigt schon die große Zollbewegung, die allein durch die deutsche Lohnsenkungspropaganda in wichtigen Abnehmerländern ausgelöst wurde. Die Heraussetzung der Industriezölle in allen beteiligten Ländern wird bei der praktischen Auswirkung der gefährlicheren, deutschen Konkurrenz nur eine Frage kurzer Zeit sein. Denn die großen, industriellen Konkurrenten wissen, daß sie bei Strafe der Verelendung einander keinen Millimeter Vorsprung gönnen dürfen und deshalb dieselben oder gleichwertige Waffen schmieden müssen, die der andere im Kampfe gebraucht.

Bei diesen Schlußfolgerungen war als selbstverständlich angenommen, daß eine Lohnsenkung auf die Produkt-einheit zugleich eine Selbstkosten-senkung bedeutet und deshalb besonders im Export Preisenkungen ermöglicht. Das ist aber gar nicht so selbstverständlich, wie es von der Industrie behauptet wird. Denn von wenigen, reinen Export-industrien abgesehen, arbeiten die meisten Unternehmungen hauptsächlich für den Binnenmarkt; das Exportgeschäft bringt ihnen, wenn auch eine wichtige, so doch nur zusätzliche Produktion. Durch eine allgemeine Lohnsenkung wird zunächst nur die Massenkaufkraft und damit die Absatzmöglichkeit der Industrie im Inlande gemindert. Diese Verengung der Absatzgröße kann durch eine Preisenkung niemals voll ausgeglichen werden, da die ganz erheblichen Zinskosten die Preisenkung nicht mitmachen. Deshalb ist es mehr als wahrscheinlich, daß der Anteil der fixen Kosten am Einzelprodukt nicht nur um die Geldwerterhöhung, sondern wegen der Verringerung der inländischen Absatzbasis noch erheblich mehr steigt. Je größer die Lohnsenkung und Kaufkraftminderung des Binnenmarktes, um so höher steigt der Anteil der fixen Kosten, um so fraglicher wird die Preisenkung.

#### Das rentabelste Absatzgebiet.

Das einzige Ventil für die industrielle Mehrproduktion ist und bleibt der Binnenmarkt, der nicht nur das größte, sondern auch das rentabelste Absatzgebiet darstellt. Mehr als 80% der Gesamtproduktion nimmt er auf und bestimmt allein dadurch die Zusammenfassung der Selbstkosten. Wie im anderen Zusammenhange dargelegt, hat der zoll- und kartellgeschützte Binnenmarkt nicht nur die anteiligen Produktionskosten, sondern darüber hinaus auch die erheblichen Verluste des Exportgeschäftes getragen. Im Inlande braucht die Industrie auch nicht befürchten, daß ihr Absatz durch politische Mittel künstlich beeinflusst wird. Damit ist ihr ein sicheres Fundament gegeben. Da besonders bei den technisch durchgebildeten Großbetrieben die Produktionskosten wesentlich von der Ausnutzung der Produktionsanlagen und der Produktionsgröße abhängig sind, würde ein starker Binnenmarkt automatisch eine Senkung der Selbstkosten und damit eine Preisenkungsmöglichkeit nach sich ziehen. Je größer die Absatzmöglichkeit im Inlande, um so niedriger stellen sich die industriellen Produktionskosten, und um so größer würde gleichzeitig die Möglichkeit einer „wirtschaftlichen“ Ausfuhr. Wenn auch diese sich zwingend aus der Rationalisierung und Kapitalisierung ergebende Gedankenfolge in der gegenwärtigen Lohnsenkungsspielform von vielen verpönt wird, so verliert sie dadurch nicht an ihrer alleinigen Richtigkeit. Der Weg zum Export ist viel zu weit und zu schwierig, als daß die Industrie auf die geringe Aussicht hin Milliarden für eine Rationalisierung und Produktionssteigerung investieren kann.

Bislang hat die ganze Wirtschaft auf dem Binnenmarkte alles

getan, um diese wichtigste und natürliche Lebensquelle zum Versiegen zu bringen. Künstlich wurde ein hohes Preisniveau geschaffen, das weit über den Selbstkosten und den Weltmarktpreisen liegt. Von der außergewöhnlich hohen Steuerbelastung, abgesehen, liegt die Hauptursache in der Agrarpolitik. Zum Schutze der Landwirtschaft hat man durch Zölle die Lebenshaltung des deutschen Volkes derartig verteuert, daß unter solchen Bedingungen ein Wettbewerb mit dem Auslande gar nicht mehr möglich ist. Würde diese Maßnahme wirklich der Landwirtschaft nützen und ihre Lage auf die Dauer verbessern, dann müßte sie für eine Übergangszeit von den städtischen Konsumenten in Kauf genommen werden, weil eine kräftige Landwirtschaft das ganze Wirtschaftsleben günstig beeinflusst. Nach aller Erfahrung und nach vielen Untersuchungen von Sachverständigen ist aber das Gegenteil zu erwarten. Je höher der Zollschutz, um so schwieriger wird die Lage unserer Landwirte. Denn die Landwirtschaft muß sich umstellen vom Getreidebau zur Edelproduktion. Bei freier Wirtschaft würde dieser Prozeß automatisch und schnell erfolgen. Bei ausreichenden Preisen aber wird die Umstellung hinausgeschoben, da gar kein Anlaß dazu geboten wird. Das ist die Kehrseite der Agrarpolitik. Landwirtschaftlich entfernt sich Deutschland immer weiter vom Weltmarkt und bildet eine Insel, die von den Agrarpreisen der Weltmärkte auch nicht annähernd erreicht werden kann.

Von hier aus setzt sich naturnotwendig, wie oben geschildert, die Preisbewegung fort. So wird dem Binnenmarkt künstlich auf politischem Wege ein großer Teil der Kaufkraft entzogen und ein Produktionskostenniveau gebildet, das weit über dem aller Konkurrenzländer liegt. Dadurch kann sich der Erfolg der rationalisierten Produktion nicht auswirken. Das Mehrprodukt findet keinen Absatz, weil die Produktionskosten und Preise zu hoch sind, die den Konsumenten nach Abzug der Lebensmittelkosten verbliebene Kaufkraft zu gering ist. Deshalb muß sich die Industrie durch Produktionsbeschränkungen und Kartellpreise den notwendigen Ertrag sichern.

Der einzige Ausweg aus diesen wirtschaftlichen Gegensätzlichkeiten liegt in der Stärkung des Binnenmarktes. Je höher die Reallöhne, je niedriger die Lebenshaltungskosten, um so größer und stetiger ist die natürliche Absatzbasis. Die technischen Produktionsfortschritte haben wirtschaftlich nur einen Sinn, wenn sie eine größere Bedürfnisbefriedigung ermöglichen. Das läßt sich nur durch Preisenkungen oder Lohn-erhöhungen schaffen. Die Löhne sanken und gleichzeitig die wichtigsten Agrarprodukte durch Zölle im Preise erhöhen, bedeutet das Gegenteil von dem, was die Rationalisierung von der Industrie fordert.

Ein starker Binnenmarkt ist gleichzeitig das Ventil für einen „wirtschaftlichen“ Außenhandel. Eine voll beschäftigte Industrie kann zu wesentlich niedrigeren Preisen exportieren als eine zum großen Teil stillgelegte. Das Problem der „fixen“ Kosten zwingt zu Massenproduktion und Massenabsatz. Das Land, das dieses Gesetz zuerst verwirklicht, wird die Wirtschaftskrise am leichtesten überwinden und einen natürlichen Vorsprung im Außenhandel haben.

St.

## Trotz Wirtschaftskrise und Stimmungsflaute Werbearbeit

ist notwendig und erfolgreich, wenn sie geschickt eingeleitet und herzhaft durchgeführt wird. Wo bleibt der zweite Mann? Jeder kann die Frage treffend beantworten durch Neuaufnahme eines Mitgliedes. Leitet die Frühjahrs-werbearbeit ein! Führt die Werbearbeit restlos durch! Meldet die Erfolge der Verbandszentrale! Unser Einfluß wächst, unser Ansehen steigt durch deine Mithilfe

für Dich!

# Welche Berufsverbände gehören zum Deutschen Gewerkschaftsbund?

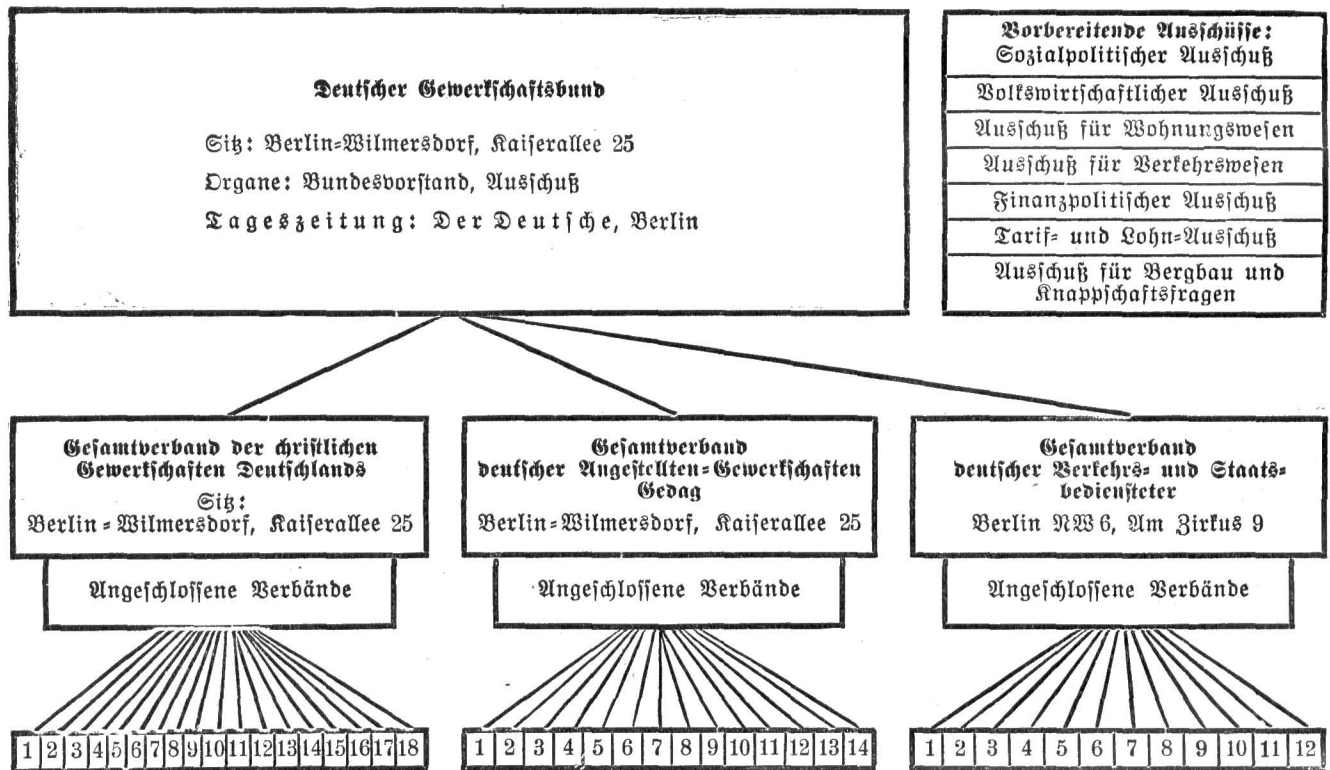
Dielsch besteht in den Kreisen der Vertrauensleute und Werber unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes die Ansicht, daß sie nur die Mitglieder ihres betreffenden Berufsstandes, dem sie angehören, für ihre diesbezügliche Berufsorganisation werben dürften. Diese Ansicht ist falsch. Wir sind im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer wirtschaftlichen Ideen- und Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen. In unserer Einigkeit und Geschlossenheit, in unserer Gesamtstärke liegt unsere Macht und unser Erfolg. Wir alle haben — Lohn- und arbeitspolitisch gesehen — fast die gleichen Ziele. Darum müssen wir auch füreinander und miteinander kämpfen, ganz gleich, ob wir

Arbeiter oder Angestellte sind. Es kann uns darum nicht gleichgültig sein, wo der neben uns stehende Kollege und Kamerad organisiert ist. Vor allem muß es unser Ziel sein, das Heer der Unorganisierten aufzusaugen. Sie sind die Drohnen und Schmarozer unserer schwierigen, zielbewußten Organisationsarbeit. Zur besseren Information über die Verbandszugehörigkeit innerhalb unserer christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung soll nachfolgende

## Orientierungstafel

unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes dienen. Darum ausschneiden und aufbewahren!!!

## Gliederung der christlich-nationalen Gewerkschaften



Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sind folgende Berufsverbände angeschlossen:

1. Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3. Vorsitzender: Josef Wiedeburg.
2. Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, Köln a. Rh., Denloer Wall 9. Vorsitzender: Bernhard Boecker.
3. Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Essen-Ruhr, Schützenbahn 66. Vorsitzender: Heinrich Imbusch, M. d. R.
4. Gutenberg-Bund, Berlin S 42, Luisen-ufer 1. Vorsitzender: Paul Thranert.
5. Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Berlin O 27, Raupachstr. 9. Vorsitzender: Peter Tremmel, M. d. R.
6. Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten UG, Leipzig C 1, Johannisgasse 4. Vorsitzender: Adolf Schaar.
7. Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, Köln a. Rh., Jülicher Straße 27. Vorsitzender: Peter Dedenbach.
8. Graphischer Zentralverband, Köln a. Rh., Denloer Wall 9. Vorsitzender: Adam Hornbach.
9. Reichsverband christlicher Hausgehilfen Deutschlands, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzende: Mina Amann.
10. Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, Berlin W 30, Nollendorffstr. 15. Vorsitzende: Margarete Wolff.
11. Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Köln a. Rh., Denloer Wall 9. Vorsitzender: Heinrich Kurtscheid.
12. Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer, Berlin NW 6, Luisenstraße 38. Vorsitzender: Franz Behrens.
13. Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Frankfurt a. M., Fichtestr. 3. Vorsitzender: Theodor Rienecker.
14. Zentralverband christlicher Maler und verw. Berufsangehörigen Deutschlands, Düsseldorf, Luisenstr. 37. Vorsitzender: Hans Berghoff.
15. Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands, Duisburg, Stapelfor 17. Vorsitzender: Franz Weber, M. d. R.
16. Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Bismarckstr. 91. Vorsitzender: Christian Schmitz.
17. Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Jahnstr. 43. Vorsitzender: Gerhard Tammann.
18. Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, 55, Florastr. 7. Vorsitzender: Heinrich Fahrenbach, M. d. R.



Der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften hat folgende Einzelorganisationen in sich vereint:

1. **Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband**, Hamburg und Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzender: Hans Bechly.
2. **Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten**, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzende: Fräulein Katharina Müller.
3. **Reichsverband deutscher Guts- und Forstbeamten**, Berlin W 10, Dörnbergstr. 6. Vorsitzender: Güterdirektor Hugo Lütt-ringhaus.
4. **Deutscher Werkmeister-Bund**, Essen a. d. R., Friedenstr. 61. Vorsitzender: Auf der Laake.
5. **Verband Deutscher Techniker**, Essen a. d. R., Schützenbahn 65. Vorsitzender: Hermann Petersen.
6. **Fachverband der Privateisenbahner**, Angestelltengruppe, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Heinrich Leß.
7. **Reichsverband der Büroangestellten und -beamten**, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzender: Ernst Schröder.
8. **Bund angestellter Akademiker**, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 19. Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Alfons Gallus.
9. **Reichsverband angestellter Ärzte**, Leipzig, Weststr. 75. Vorsitzender: Dr. Hadrich.
10. **Verband deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere**, Hamburg, Stubbenhuk 10. Vorsitzender: Kapitän Walter Freyer.
11. **Berufsverband deutscher Dentisten**, Berlin N 24, Oranien-burger Str. 60/63. Vorsitzender: Max Wenz.
12. **Reichsverband deutscher Berufsmusiker**, Berlin C 25, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Vorsitzender: Wilhelm Donath.
13. **Reichsverband der Molkerei- und Käseereiangestellten**, Berlin SW 61, Teltower Str. 34. Vorsitzender: Molkereidirektor Rauch.
14. **Reichsverband deutscher Bergbauangestellter**, als Fachgruppe Bergbau im Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzender: Dr. Otto Herwegen.

Dem Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter gehören an:

1. **Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V.**, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Oskar Rümmele.
2. **Fachverband der Privateisenbahner**, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Heinrich Leß.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 5. bis 11. April ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

Die Vierteljahresabrechnung ist von den Zahlstellenverwaltungen umgehend fertigzustellen und an die Verbandsgeschäftsstelle einzusenden.

### Verlorene Bücher.

Nr. A 2654, Josef Trägler; Nr. 59 126, Arnold Wehnhardt; Nr. A 14 122, Josef Osterwind; Nr. 110 029, Johann Steib; Nr. 133 808, Karl Dollmer; Nr. 317 430, Karl Senge; Nr. 126 007, Paul Krebs; Nr. 311 440, Otto Ketterl; Nr. 265 251, Josef Winzen; Nr. 82 063, Rasso Schwanhard; Nr. 324 300, Johann Stöbbl; Nr. A 6600, Anton Burq; Nr. 318 386, Jakob Stürmer. — Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

3. **Fachverband der Straßen- und Schnellbahner**, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Gerhard Bonhold.
4. **Fachverband der Industrieisenbahner**, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Wohlfahrt.
5. **Fachverband der Reichs- und Staatsbediensteten**, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Georg Knopke.
6. **Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft**, Berlin W 57, Bülowstraße 88. Vorsitzender: Hans Brune.
7. **Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten**, Abt. Anwärter, Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 5. Vorsitzender: Gustav Jäcker.
8. **Bayerischer Eisenbahnerverband e. V.**, München, Luitpoldstraße 15. Vorsitzender: Michael Helmerich, M. d. R.
9. **Reichsverband des deutschen Flieger- und Luftschiffpersonals**, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Josef Walker.
10. **Reichsbund ehemaliger Militärmusiker Deutschlands e. V.**, Berlin-Frohnau, Fischtalweg 26. Vorsitzender: Max Stahl.
11. **Bund deutscher Seefahrer**, Berlin W 57, Bülowstr. 88. Vorsitzender: Hans Brune.
12. **Deutsche Postgewerkschaft**, Düsseldorf, Wilhelmplatz 9. Vorsitzender: Ferdinand Weber.

# Sozialpolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich.

Von Regierungsrat Dr. Joachim Fischer, zur Zeit Wien.

Wenn auch das Friedensdiktat den politischen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich verhindert hat — die innere Verbundenheit der beiden Länder, den Wunsch nach engster Zusammenarbeit hat man nicht beseitigen können. Die Voraussetzungen für eine solche Zusammenarbeit sind in vollem Maße gegeben: Gleiches Volkstum, gleiche Sprache, eine alte Kulturgemeinschaft, enge wirtschaftliche Beziehungen und rege Fluktuation der Bevölkerung zwischen beiden Ländern, ähnliche Schicksale in Kriegs- und Nachkriegszeit. So ringt der Wunsch nach Zusammenarbeit nach immer stärkeren Formen, wie dies z. B. im Streben nach Rechtsangleichung einen bemerkenswerten Ausdruck findet. In weiten Kreisen bekannt sind die Bemühungen, zu einem für beide Länder einheitlichen Strafrecht zu gelangen. Aber auch auf anderen Gebieten ist man keineswegs müßig gewesen, z. B. in der Sozialpolitik. Der Sozialpolitik wohnen an sich internationale Tendenzen inne. Die Tatsache, daß Grundlage und grundsätzliche innere Einstellung zur Sozialpolitik in Deutschland und Österreich sehr verwandt sind, mußten im Verhältnis der beiden Länder jene internationalen Tendenzen der sozialen Arbeit verstärken, schon um bei den innigen wirtschaftlichen Zusammenhängen zu einer einheitlichen Regelung der Rechtsverhältnisse zu gelangen, die die Produktion beeinflussen.

In welchen Formen vollzieht sich die soziale Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Reich, welche Möglichkeiten sind gegeben?

Zunächst sind hier Staatsverträge sozialpolitischen Inhalts zu er-

wähnen. Bald nach Kriegsende kam ein Vertrag dieser Art zustande, der die Versorgung der Kriegsoptioner und ihrer Hinterbliebenen betraf. Er verbürgt den Kriegsoptionern, die im Lande leben, die volle Gegenseitigkeit auf allen Gebieten, auf denen ihnen der Heimatstaat wegen der räumlichen Entfernung seine Fürsorge nicht angeeignen lassen kann. Das gilt vor allem hinsichtlich der ärztlichen Behandlung, der Aufnahme in Spitäler und dergleichen mehr. Dagegen werden die Geldrenten, deren Überweisung durch die Post ja keine Schwierigkeiten verursacht, vom Heimatstaate weitergezahlt. Für die Bewilligung und Zahlung einzelner dieser Renten, soweit sie an gewisse individuelle Voraussetzungen geknüpft sind, und von Unterstützungen an die zahlreichen, in Österreich lebenden reichsdeutschen Kriegsbeschädigten hat man einen eigenartigen Weg gewählt, um die vorhandenen Mittel recht wirksam verwenden zu können. In Wien betreut nämlich eine private Stelle, die auf dem freiwilligen Zusammenschluß von Reichsdeutschen zu gegenseitiger Hilfe beruht, als „Deutsche Kriegserfürsorge“ die reichsdeutschen Kriegsoptioner. Ähnliche Einrichtungen, denen gleichfalls amtliche deutsche Gelder zufließen, bestehen in einzelnen Ländern der Republik Österreich.

Bei den engen Wechselbeziehungen der beiden Arbeitsmärkte lag es nahe, die Angehörigen beider Staaten im Wege der Gegenseitigkeit der Leistungen der Erwerbslosenfürsorge auch dann teilhaftig werden zu lassen, wenn sie im Gebiet des anderen Staates

# Berufsecke für Arbeiter in Säge-, Hobel- und Furnierwerken.

## Finnlands Sperrholzproduktion und -export.

Der größte Sperrholzproduzent der Welt, dessen führende Rolle im zwischenstaatlichen Sperrholzverkehr unbestritten ist, ist zweifellos Finnland. Die wenigen großen finnländischen Sperrholzfabriken sind durchwegs auf die Erzeugung von Birken- und Kiefernsperholz spezialisiert, und dieses Material geht heute in alle Welt.

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Sperrholzgeschäftes in Finnland läßt daher Schlüsse auf den internationalen Sperrholzmarkt überhaupt zu und ist unter diesen Umständen von allgemeinem Interesse.

Das Jahr 1930 bedeutete gegenüber 1929 für den Sperrholzmarkt — so führt ein Bericht der Vereinigung finnländischer Sperrholzexporteure aus — eine starke Verschlechterung der Situation. Während 1929 noch ein gewisses Wachsen der Umsätze mit sich brachte, zeigten die Geschäftsmöglichkeiten des Jahres 1930 ausgesprochenen Verfall bei rückläufigen Preisen.

Die Gründe hierfür sind recht zahlreich. Vor allem zeigt die allgemeine Weltwirtschaft eine starke Depression bei gleichzeitiger Verarmung der Kaufkraft. Die führenden Weltfirmen der Tee- und Gummierzeugung, die namhafte Verbraucher finnländischen Sperrholzes sind, haben ihre Produktion stark eingeschränkt, und das gleiche gilt für die Karosseriefabriken, Grammophonherstellerfirmen, die Radioindustrie, um nur einige Sperrholzgroßverbraucher anzuführen.

Was den Verbrauch der verschiedenen Sperrholzqualitäten betrifft, so waren die qualitativ geringsten Sortimente „BB“ während des letzten Jahres am besten gefragt, und desgleichen waren für „B“-Platten gute Absatzmöglichkeiten gegeben. Praktisch genommen, kann festgestellt werden, daß die gesamte Jahreserzeugung an Platten für Tee- und Gummikisten abgesetzt werden konnte. Die besseren Qualitäten wie „A“ und „AA“ waren indessen viel schwerer unterzubringen.

Die Preise für Sperrholz zeigten einen ausgesprochenen Verfall, was sich um so ungünstiger auswirkte, als die Rohholzpreise kaum je so hoch waren als in den letzten beiden Jahren.

Wie alljährlich, so war auch 1930 England der Hauptabnehmer finnischen Sperrholzes. Dann folgte Britisch-Indien, das als Teeproduzent bekannt ist. Nachstehende Tabelle zeigt den Sperrholzexport Finnlands in den letzten drei Jahren:

	Tonnen		
	1930	1929	1928
Dänemark . . . . .	3.315	2.701	1.981
Deutschland . . . . .	5.359	9.644	12.801
Holland . . . . .	4.007	4.129	4.104
Belgien . . . . .	1.193	1.220	2.289
England . . . . .	45.535	54.268	42.518
Frankreich . . . . .	7	35	59
Italien . . . . .	3.142	5.551	4.943
China . . . . .	138	294	42
Holl. Ost-Indien . . . . .	2.200	3.237	1.947
Brit. Ost-Indien . . . . .	13.155	14.865	9.928
Argentinien . . . . .	2.563	1.394	1.250
Brasilien . . . . .	65	5	28
Übrige Länder . . . . .	1.520	1.298	1.992
<b>Insgesamt</b>	<b>82.199</b>	<b>98.601</b>	<b>82.882</b>

## Das Waldlagern des Nutholzes.

Von Franz Jammler.

(Nachdruck verboten)

Es ist eine im Holzhandel ziemlich allgemein verbreitete und vielfach sogar von sonst wohlunterrichteter Seite aufs wärmste befürwortete Ansicht, daß sich die Nutholzstämmen um so besser in der Holzbearbeitung bewähren, je länger sie im Walde zur Austrocknung gelagert haben. Ein in diesem Sinne gut abgelagertes Holz gilt nicht allein als das am besten geeignete Material der Möbelindustrie, vielmehr noch glauben Bautischlerei und Zimmergewerbe, in einem solchen Maße vorbereiteten Holze die sicherste Gewähr gegen das Auftreten der gefürchteten Holzkrankheiten, namentlich des Haus-

schwammes und der Trockenfäule, erblicken zu können. Auf der anderen Seite aber hat sich, bei dem energischen Holzverbrauch in der Möbelindustrie wie im Bau- und im Zimmerergewerbe, schon vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus ein jahrelanges Trockenlagern des Nutholzes nur dann als gerechtfertigt erwiesen, wenn dadurch im übrigen für den Nuthwert des Holzes besondere Vorteile errungen werden können, die darüber hinwegsehen lassen, daß das langfristige Lagern des Holzes allzusehr einem zurückhaltenden Angebot bei gesteigerter Nachfrage gleicht, mit anderen Worten, daß durch das lange Trockenlagern die Holzpreise oft unverhältnismäßig in die Höhe getrieben werden. Es darf demnach in besonderem Maße als eine für die gesamte Holzindustrie wichtige Frage bezeichnet werden, welche Bedeutung das fast allgemein übliche Waldlagern für die Qualität des Nutholzes zu beanspruchen hat.

Mit dem Waldlagern des Nutholzes wird ein doppelter Zweck verfolgt: Die in dem gefällten Stamm vorhandene Saftflüssigkeit zu verflüchtigen, also das Holz unmittelbar auszutrocknen; dann aber auch, die Wasseraufnahmefähigkeit desselben Holzes durch dieses Verfahren zu vermindern. Beides wird auch tatsächlich bis zu einem beachtenswerten Grade erreicht. Namentlich die im Dezember und Januar, der geeignetsten Fällungszeit des Jahres, geschlagenen Stämme zeigen, was unmittelbare Austrocknung und Herabsetzung der hygroskopischen Eigenschaften des Holzes anbelangt, durchweg für die Holzpraxis recht günstige Resultate. Diese Vorteile dürfen indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bis heute immer noch befolgte Methode der Waldlagerung denn doch für das Nutholz gar viele Gefahren in sich birgt, und zwar Gefahren oft der bedenklichsten Art, die empfindliche Schädigungen sowohl des Forstwartes wie des Käufers im Gefolge haben können.

Es ist ja hinlänglich bekannt, daß im Walde lagerndes Holz sehr stark der Splintrisbildung ausgesetzt ist. Allerdings ist die Neigung hierzu bei dem in voller Safttätigkeit gefällten Sommerholze begreiflicherweise eine sehr viel größere als bei dem Winterholze. Wenn daher auch hier durch geeignete Wahl der Fällungszeit zweifellos schon ein Bedeutendes geschehen kann, um das Auftreten der Splintrisse einzuschränken, so lassen sie sich erfahrungsgemäß doch auch von den im Winter geschlagenen Stämmen niemals ganz fernhalten. Diese Splintrisse und Spalten pflegen nun aber für das im Walde lagernde Nutholz meist recht verhängnisvoll zu werden. Denn sie bilden für die verschiedenen auf das Holz im Walde lauerten Feinde aus der Insekten- und der Pflanzenwelt die willkommensten Angriffspunkte, in denen diese ihr Schädigungswerk mit Leichtigkeit und Ungehörigkeit einleiten und fortsetzen können.

Wenden wir uns zunächst den tierischen Holzschädlingen zu, so hat hier die Erfahrung gelehrt, daß die Borkenkäfer und alle ähnlichen Insekten, die ihre Lebenstätigkeit und ihr Zerstörungswerk auch später im lufttrocknen Holze ungehindert weiterzuführen vermögen, bereits im Walde Aufnahme in das lagernde Holz gefunden haben müssen. Jeder aufmerksame Besucher und Beobachter des Waldes kann feststellen, daß diese Holzfeinde aus der Insektenwelt unmittelbar nach ihrer Paarung, namentlich also im Juni und Juli, als Ablagerungsstätte für ihre Eier die Splintrisse des waldlagernden Holzes mit Vorliebe heimsuchen. Für das Nutholz liegt hierin eine nicht unerhebliche Gefährdung seiner Dauerhaftigkeit und holztechnischen Brauchbarkeit.

Weit größer indessen und mannigfaltiger noch sind die Gefahren aus dem Pflanzenreich. Schon die in der Mehrzahl aller Fälle bei der Waldlagerung wahrzunehmende Art, die Stämme unmittelbar auf den Waldboden zu legen, muß hier aufs entschiedenste als gefahrfördernd bezeichnet werden. Jeder Kundige weiß, mit welcher Unzahl von Hutpilzen der Waldboden allenthalben durchsetzt ist. Trotzdem scheut man sich da nicht, die frisch gefällten Stämme ohne weiteres dem doch ganz zweifellos am Boden reichlich vorhandenen Myzel dieser Pilze preiszugeben. Dieses setzt sich aber dann in den Wundstellen der Stämme und mehr noch nachher in den Splintrissen wohlig fest und zerstört hier nicht nur die Textur des Holzfasergewebes, sondern legt auch mit den Grund für das spätere Auftreten der Holzkrankheiten. Neigt man doch heute in den Kreisen der Botaniker zu der Anschauung, daß insbesondere Hauschwamm



und Trockenfäule auf ein und dasselbe schon im Walde konzipierte Myzel im letzten Grunde zurückzuführen seien, ja daß dieses Myzel dann später bei Verwendung des infizierten Bauholzes unter der Einwirkung der eigenartigen Mauerfeuchtigkeit erst seine besonders charakteristische, verderbliche Entwicklung durchmache. Mag man aber auch von dieser immerhin noch nicht allgemein als zutreffend anerkannten Anschauung ganz absehen, so steht es doch jedenfalls unumstößlich fest, daß die Hutpilze vom Waldboden oder aus den in der Nähe befindlichen alten Stöcken aufgenommen, nun im sicheren Schutze der Splintrisse namentlich zur wärmeren Jahreszeit ein üppiges Parasitenleben entwickeln, und zwar wiederum sehr auf Kosten des Nutzwertes der lagernden Stämme.

Aber auch dann, wenn man die Stämme durch geeignete Unterlagen vor einer direkten Berührung mit dem Waldboden bewahrt, ja selbst gesetzt den an sich immerhin unwahrscheinlichen Fall, daß der für die Holzlagerung zur Verfügung stehende Raum des Waldbodens als vollkommen pilzrein bezeichnet werden könnte, ja noch mehr, daß sogar in einer angemessenen Umgebung und Entfernung überhaupt keine Pilzgattung vertreten wäre — —, auch unter solchen scheinbar außerordentlich günstigen äußeren Umständen ist doch die tatsächliche Gefahr der Hutpilzinfektion für das waldlagernde Nutzholz kaum nennenswert gemindert. Denn die unmittelbare Lagerfläche des Waldbodens und ebenso deren nächste örtliche Umgebung fallen in diesem Sinne nur verschwindend gering ins Gewicht gegenüber der durch Wind von fernher möglichen Gefahrenübertragung. So können die Pilzsporen selbst aus entlegeneren Waldregionen den Splintrissen des lagernden Nutzholzes zugeführt werden, und der Saftgehalt der gefällten Stämme hat sich als der geeignetste Nährboden für deren Wucherungen erwiesen.

Da sich nun aber diese durch Luftbewegung zu gewärtigende Übertragung der Pilzsporen auf keine Weise im Walde verhindern läßt, ja da es überdies in Anbetracht des mit der Waldlagerung doch erstrebten Trocknungszweckes geradezu widersinnig wäre, wollte man von dem lagernden Holze den Wind abhalten, so kann man sich schließlich nicht wundern, wenn selbst die Verwendung des im Walde bestausgetrockneten Holzes keine Garantie für das Fernbleiben der Holzkrankheiten bietet.

Demnach: Das bislang übliche Prinzip der Trockenlagerung im Walde schließt sehr schwerwiegende Widersprüche in sich. Wohl erreicht der Holzhändler im Laufe der Jahre durch das Waldlagern des Nutzholzes eine anerkennenswerte Safttrockenheit und Wasserwiderstandsfähigkeit seines Materials. Auf der anderen Seite aber muß er vielfach schwere Materialverluste mit in Kauf nehmen, da er sich oft sogar genötigt sieht, das im Walde infizierte Nutzholz lediglich noch als Brennholz loszuschlagen. Allerdings ist es nicht immer angängig, die gefällten Stämme auch sofort abzufahren, und namentlich in gebirgigen Gegenden mögen sich dem im Winter schier unüberwindliche Schwierigkeiten entgegentürmen. Da aber die Splintrisse sich erst in der wärmeren Jahreszeit zu zeigen pflegen, so erscheint es dringend geboten, die gefällten Stämme wenigstens sofort beim Eintritt milderer Tage, wenn die Transportmöglichkeiten sich nur einigermaßen gebessert haben, ohne Verzug aus dem Walde fortzuschaffen und an anderen, geeigneteren Lagerplätzen zum Lufttrocknen aufzustapeln. Mag auch der hierfür fern vom Walde noch besonders bereitzustellende Raum dann immerhin einige Mehrkosten verursachen, so verschlägt das doch nicht das geringste gegenüber der nur auf diese Weise zu sichernden tafelfreien Trockenqualität des Nutzholzes.

(Fortsetzung von Seite 117).

sich aufhielten. Mehrere Abkommen hierüber wurden abgeschlossen, die jeweils dem veränderten Stand der Gesetzgebung angepaßt wurden. Durch die Vereinbarungen wurde in Ergänzung der einschlägigen Gesetzesvorschriften sichergestellt, daß Angehörige des einen Staates, die im Gebiete des anderen gearbeitet haben und dort arbeitslos wurden, genau so unterstützt werden wie die eigenen Staatsangehörigen. Darüber hinaus werden Anwartschaftszeiten, die durch Arbeit im Gebiet des anderen Staates erworben wurden, den im eigenen Staatsgebiet erworbenen Anwartschaftszeiten gleichgestellt. Besondere Erleichterungen werden für die Grenzgebiete vorgesehen. Gegenseitigkeit gilt nicht nur für die rein versicherungsmäßigen Leistungen, sondern auch für die sog. Krisenfürsorge und ihr österreichisches Gegenstück, die Notstandshilfe. Auch über einen gewissen Austausch von Arbeitskräften, wie z. B. von landwirtschaftlichen Saisonarbeitern, bestehen Abmachungen zwischen den beiden Regierungen.

Ein weiteres wichtiges Gebiet, das durch Staatsvertrag im Sinne der Gegenseitigkeit geregelt wurde, ist die Sozialversicherung. Ein Vertrag vom 8. Januar 1926 regelt diese Materie. Er betrifft die Kranken-, Unfall-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Die Invalidenversicherung konnte nicht einbezogen werden, weil in Österreich die Altersversicherung der Arbeiter noch nicht in Kraft gesetzt ist und an ihrer Stelle nur eine provisorische Altersfürsorge besteht. Die Gegenseitigkeit für die im Vertrag behandelten Versicherungsarten äußert sich u. a. darin, daß die Angehörigen des einen Landes auch in dem anderen Lande versichert werden, wenn sie dort beschäftigt sind, daß Anwartschaftszeiten, die in dem einen Lande erworben wurden, auch im anderen Lande anerkannt und gegebenenfalls bei der Berechnung der Renten zusammengezählt werden, daß Krankenkassen auch den Versicherten des anderen Staates ihre Hilfe angebeihen lassen usw. Um die in den erwähnten Abkommen enthaltenen Bestimmungen dem veränderten Stand der Gesetzgebung anzupassen und sie zu ergänzen, ist Anfang 1929 ein neues Abkommen über die Sozialversicherung unterzeichnet worden, das indessen noch der Ratifizierung bedarf.

Die Bestrebungen nach Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet zwischen Deutschland und Österreich finden ihren Niederschlag nicht etwa lediglich in Staatsverträgen. Für die praktische Sozialpolitik ist daneben das enge Zusammenwirken reichsdeutscher und österreichischer Behörden, Versicherungsträger, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen usw. von Wichtigkeit. Im Rahmen dieses Aufsatzes läßt sich nur einiges hierüber hervorheben. So sei z. B. erwähnt, daß die Spitzen-

organisationen der deutschen und österreichischen Handelskammern einen Ausschuß eingesetzt haben, der Richtlinien für die Angleichung des Sozialrechtes ausarbeiten soll. Für die deutschen und österreichischen Gewerkschaften ist engstes Zusammengehen fast eine Selbstverständlichkeit. Einzelne Gewerkschaften, die den großdeutschen Gedanken besonders betonen, erstrecken sich ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen über das Gesamtgebiet beider Länder. Ebenso umfassen manche Verbände von Praktikern oder Theoretikern der Sozialpolitik Angehörige beider Länder.

Aus der vom Volkswillen getragenen Bewegung, die den Anschluß Österreichs anstrebt, sind private Organisationen entstanden, die im allgemeinen Rahmen ihrer Bestrebungen auch die Angleichung des sozialen Rechts sich zur Aufgabe gesetzt haben, nämlich die Deutsch-Österreichische und die Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft. Diese Gemeinschaften sind die Zusammenfassung von Persönlichkeiten, die ihr Wissen in den Dienst vorbereitender Arbeit für den Anschluß stellen wollen. Sowohl die deutsche wie die österreichische Gruppe dieser Arbeitsgemeinschaften haben besondere Ausschüsse für das soziale Recht eingesetzt, in denen hervorragende Fachleute beider Länder Vorschläge ausarbeiten, wie etwa die sozialen Materie für beide Länder einheitlich geregelt werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden dann den zuständigen Behörden übermittelt. Zunächst hat man aus einer Reihe überzeugender Gründe eine gemeinsame Regelung des Tarifvertragsrechts in Angriff genommen, die in beiden Ländern auf gleicher Grundlage, aber nur lückenhaft geregelt ist. Es ist eine praktische Vorarbeit von nicht zu unterschätzendem Wert für ein einheitliches Tarifrecht geleistet worden, an dessen Verwirklichung die Sozialministerien beider Länder arbeiten. Hoffentlich gelingt es bald, dieses Ziel zu erreichen.

Sicherlich soll man die Schwierigkeiten einer Rechtsangleichung, die keineswegs zu einer jede Individualität tötenden Gleichmachung führen darf, nicht unterschätzen. Immerhin zeichnen sich doch manche Gebiete ab, wo eine gewisse Angleichung un schwer möglich sein wird, wie etwa das Arbeitschutzrecht, die Arbeitsgerichtsbarkeit usw. Teile der österreichischen Gewerkschaften fordern auch den Ausbau des österreichischen Einigungswesens zu einem Schlichtungsrecht nach deutschem Muster. — Das österreichische Arbeitsvertragsrecht ist — namentlich in einzelnen Sonderrechten für bestimmte Berufsstände — entwickelbarer als das deutsche. Daraus können sich gewisse Schwierigkeiten für die Angleichung ergeben. Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung zeigen in beiden Sozialsystemen wohl viele verwandte Züge; hier nötigt aber der enge Zusammenhang der Versicherung mit den fest eingewurzelten Versicherungsträgern und anderen Einrichtungen, die in

beiden Ländern verschieden sind, hinsichtlich der Rechtsangleichung zu besonders sorgfältiger Prüfung.

Wenn auch die Not und Unruhe der Zeit einer grundlegenden, besonnenen und vertieften Gesetzgebung nicht gerade günstig ist, so sind doch die Vorarbeiten zu einer Rechtsangleichung nicht etwa verlorene Mühe, sondern wirken fort. Die Dinge dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, wenn verhindert werden soll, daß aus der Erstarrung der Rechtssysteme für die Angleichung neue Schwierigkeiten erwachsen. Jedenfalls sollte sich die breite Öffentlichkeit darüber im klaren sein, daß es sich bei der Rechtsangleichung zwischen dem Reich und Österreich um eine Aufgabe von höchster Bedeutung handelt. Und im Rahmen dieser Bestrebungen kommt der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik sicherlich eine besondere Rolle zu.  
(Der Heimatdienst.)

## Rundschau.

**Das Deutsche Erfinderhaus auf der Frühjahrsmesse in Leipzig.**  
Zum zweitenmal hatte das Deutsche Erfinderhaus e. V., Hamburg 36, die ganze Halle 2 auf der Technischen Messe als Sonderausstellung für Erfindungen und Neuheiten belegt. Über 100 Firmen und mehr als 800 Erfinder waren dort mit teils recht guten Neuerungen vertreten. Die Besucherzahl von über hunderttausend beweist das große Interesse für eine solche Sonderausstellung. Das Ausland war sehr stark vertreten. Mancher unbemittelte Erfinder kam so zu dem erhofften Erfolg, indem aus Patentverkäufen, besonders nach dem Ausland über 150 000 Reichsmark neben den Lizenzen erzielt und Neuheitenware für über eine Million Reichsmark verkauft wurde. Die zahllosen eingeleiteten Geschäfte dürften sich noch bedeutend höher auswirken. Sehr häufig wurde die wirtschaftliche Möglichkeit einer solchen Sonderschau für Erfindungen als Faktor für die Belebung und Leistungssteigerung der Industrie und als Anziehungspunkt für die Leipziger Messe betont. Nicht zuletzt findet Deutschlands Weltgeltung als rührigstes Fortschrittsland darin ihren Ausdruck.

## Literarisches.

### 25 Jahre Christlicher Gewerkschaftsverlag.

Es war im Frühjahr des Jahres 1906, als die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände ihre eigene Buchhandlung ins Leben riefen. Bei der Taufe erhielt sie den Namen „Christlicher Gewerkschaftsverlag“. Die Gründung geschah aus der Erkenntnis, daß mit der wachsenden Mitgliederzahl auch die Verpflichtung größer wird, das Bildungsbestreben der Mitglieder zu wecken und zu fördern und dafür zu sorgen, daß mit der Machtsteigerung auch die geistige Bedeutung der Bewegung zunehmen und das Wissen, besonders der Funktionäre, zunehmen muß.

Da es für den mit Organisations- und Agitationsfragen geplagten Kollegen und erst recht für die in den Betrieben tätigen Mitglieder unmöglich war (und auch heute noch ist), sich ohne Führer auf dem immer größer und unübersichtlicher werdenden Büchermarkt (es erscheinen jährlich über 30 000 neue Bücher) zurechtzufinden, durften wir uns nicht mit der Herausgabe eigener Schriften allein begnügen, sondern mußten damit auch eine Beratungs- und Vermittlungsstelle verbinden für die gewerkschaftliche, sozialpolitische, volkswirtschaftliche und arbeitsrechtliche Literatur aus andern Verlagen. Auf die wiederholt geäußerten Wünsche unserer Mitglieder haben wir seit einigen Jahren auch den Vertrieb schöngeistiger Literatur übernommen.

Der Charakter unserer Bewegung, sowie die Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse unserer Mitglieder gebietet uns, zweifel-

hafte und ungeeignete Bücher auszulieben und nur die Literatur zu empfehlen, die sich durch Gediegenheit des Inhalts und Preiswürdigkeit auszeichnet. Zusammen mit dem Bildungsausschuß des Gesamtverbandes (an der Spitze Prof. Dr. Th. Brauer) und den Schriftleitungen der einzelnen Verbandsorgane wird von unserer Buchhandlung der deutsche Büchermarkt beobachtet und die wirklich brauchbare Literatur durch Besprechungen und Anzeigen, sowie durch Rundschreiben usw. zur Anschaffung empfohlen. Zur Erleichterung der Bekanntgabe und der Vermittlung sind an vielen Orten Schriftenniederlagen eingerichtet. Neben diesen ständigen Verkaufsstellen werden auch die Kurse, Versammlungen usw. mit der entsprechenden Literatur beschildert. Aber die evtl. nicht verkauften Bücher wird dann später abgerechnet. Diejenigen Kollegen, die sich dadurch in den Dienst unserer Buchhandlung gestellt haben und noch weiter stellen, möchten wir hiermit besonders herzlich danken.

Die Entwicklung unserer Buchhandlung geht wohl aus folgender Darstellung hervor: Im Gründungsjahr war der Umsatz RM 17 933,—. Im Jahre 1930 RM 148 802,—. In dieser Zahl sind RM 45 070,— enthalten an Schriften aus fremden Verlagen. Insgesamt haben wir 198 eigene Verlagschriften herausgegeben. Hiervon sind besonders hervorzuheben: „Größenordnungen in Volk und Wirtschaft“ von Dr. Röhr und Bernhard Letterhaus, M. d. L., und „Weltgeschichte“ von Dr. Alphons Nobel. Diese beiden Werke sind nicht nur in unserer Bewegung, sondern in weitesten Kreisen darüber hinaus außerordentlich beliebt und hochgeschätzt. Von den vielen anderen Schriften, die hauptsächlich für unsere Mitglieder bestimmt sind, nennen wir nur das „Handbuch für Betriebsräte“ (3. Auflage), „Liederbuch für die christliche Gewerkschaftsjugend“ (3. Auflage), „Einst und Jetzt“ von Heinrich Kreil, „Werkstätige Jugend und Aufstieg der Arbeiterschaft“, „Geistige Grundlagen der christlichen Arbeiterschaft“ von Dr. E. Nebgen (2. Auflage) usw. Außerdem erscheinen regelmäßig bei uns: Das „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften“, das „Taschenbuch für den Gewerkschafter“, die „Protokolle der Kongresse“, „Gewerkschaftsnadeln“ usw. Ein künstlerisch wie inhaltlich gleich wertvolles Werk war die aus Anlaß des 25jährigen Bestehens unserer Bewegung erschienene „Festschrift“. Wer einen genauen Überblick über unsere eigene Verlagsproduktion haben will, möge sich unser Bücherverzeichnis unentgeltlich kommen lassen.

Als einzige Zeitschrift erschien im Jahre 1906 das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, Jahresauflage 221 000. Im Jahre 1930 erschienen:

1. „Zentralblatt“,	Jahresauflage 548 250.
2. „Deutsche Arbeit“,	„ 57 600.
3. „Gewerkschaftsjugend“,	„ 173 900.
4. „Frauenblatt“,	„ 114 600.
5. Gewerkschaftliche Jugendführung	„ 12 200.
6. Sozial-Wirtschaftliche Korrespondenz	„ 135 250.

(1., 5. und 6. werden unentgeltlich vom Gesamtverband geliefert.)

In der Kartothek der Buchhandlung unseres Verlages standen im Jahre 1930 über 4000 Einzelkonten. Wenn man bedenkt, daß der größte Teil des Umsatzes durch Sammelbestellungen der Verbände, Schriftenniederlagen usw. erzielt wird, muß diese Zahl der Besteller als sehr hoch bezeichnet werden. Hierdurch wird der Beweis geliefert, daß unsere Buchhandlung sehr populär ist und die Gründung eine Notwendigkeit war.

Zusammenfassend stellen wir fest, daß auch an der Entwicklung unseres Verlages die wachsende geistige Bedeutung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung gemessen werden kann, und daß auch der christlich-nationale Arbeiter an der Geistesgestaltung unseres Volkes regsten Anteil nimmt.

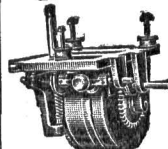
**Buchhandlung Christlicher Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf.**

## Intarsien jeder Art

Katalog  
gegen 0,50 Mark in Briefmarken

**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 711

## Sprechmaschinen-Laufwerke



zum Selbsteinbauen **1a. Doppelschneckenfederwerk (2 Stück 30-cm-Platten spielend)** **Mk. 11.50**  
nebst allem Zubehör nur .....

**Regulateur- und Hausuhrwerke** sowie Tonführungen  
aus Holz und Metall nach Katalog

**Robert Husberg, Neuenrade N 9**

## Die Fachschrift

die jeder strebsame  
Tischler haben muß:

## Handwerkskunst im Holzaewerbe

Bezugspreis: **2 M.** vierteljährlich

Bestell. bei Postanstalten oder direkt  
**VERLAG KÖLN · VENLOER WALL 9**